

St. Galler Regierung muss Vorsitz der Spitalverbände abgeben

KANTONS RAT ST. GALLEN Das Parlament hat gestern die Umsetzung der Beteiligungsstrategie der Regierung beraten. Beschlossen wurde, dass Frauen in den Leitungsgremien der kantonalen Beteiligungen vertreten sein sollen. Die Gesundheitschefin muss den Vorsitz der Spitalverbände abgeben.

Für die Umsetzung der Beteiligungsstrategie (Public Corporate Governance) musste der Kantonsrat Anpassungen in verschiedenen Gesetzen gutheissen. Aus dem Rat wurden dazu zahlreiche Anträge eingereicht. Ein zentraler Diskussionspunkt war der Einsitz von Gesundheitschefin Heidi Hanselmann (SP) im Vorstand der Spital- und Psychiatrieverbände.

Beide Geschlechter vertreten

Die SP-Grüne-Fraktion versuchte bei der Beratung, für einzelne Leitungsgremien der kantonalen Beteiligungen eine Frauenquote von 30 Prozent durchzusetzen. Der erste Versuch wurde vom Rat klar abgelehnt. Auch der alternative Vorschlag mit dem Wortlaut «Beide Geschlechter sind angemessen zu vertreten» erhielt keine Mehrheit.

Schliesslich fand sich nach längeren Diskussionen doch noch ein gemeinsamer Nenner: Eine deutliche Mehrheit (73 gegen 36 Stimmen) hiess eine Formulierung gut, nach der in den Leitungsgremien sicherzustellen sei, «dass beide Geschlechter vertreten sind».

System habe sich bewährt

Weiter ging es um den Einsitz eines Regierungsmitglieds in den Vorständen der Spital- und Psychiatrieverbände. Der Kanton zahlte 55 Prozent der Spitalbehandlungen, die Spitalverbände hätten eine hohe strategische und finanzielle Bedeutung, wehrte sich der SP-Fraktions-Sprecher gegen eine Änderung. Das System

habe sich bewährt, das zeigten die Beispiele anderer Kantone, die eine andere Lösung getroffen hätten.

Genehmigung durch den Rat

Die Gesundheitschefin entscheidet heute mit, welche Institutionen sich auf der Spitalliste befänden, und präsidiere gleichzeitig den Verwaltungsrat der Spitalverbände, sagte der FDP-Sprecher. Das seien zwei verschiedene Hütten. Die SVP betonte, der Antrag richte sich nicht gegen Hanselmann, aber es gebe hier einen Interessenkonflikt.

Die Gesetzesänderung, die den Vorsitz eines Regierungsmitglieds in den Spitalverbänden ausschliesst, wurde mit 90 gegen 24 Stimmen beschlossen. Sie tritt auf den 1. Juni 2016 in Kraft. Anschliessend wurde die gleiche Regelung auch für die Psychiatrieverbände und das Zentrum für Labormedizin beschlossen.

Danach ging es um die Frage, ob die Vertretung des Kantons in den Spitalverbänden vom Parlament genehmigt werden soll. Man wolle ein transparentes Verfahren ausarbeiten, kündigte Finanzchef Martin Gehrler an. Eine Genehmigung durch den Kantonsrat funktioniere nicht. Nur schon, weil ein unterlegener Bewerber das Recht auf eine Begründung habe.

Keine Zusammenlegung

Der Rat folgte dieser Argumentation nicht und beschloss mit 63 gegen 49 Stimmen, dass das Parlament künftig die Wahl der Verwaltungsratsmitglieder der Spitalverbände genehmigen wird.



Regierungsrätin Heidi Hanselmann (SP) ist künftig nicht mehr Mitglied des Vorstands der Spital- und Psychiatrieverbände. Regina Kühne

Weiter muss nun geprüft werden, ob das Zentrum für Labormedizin in die Spitalverbände eingegliedert werden könnte. Der Vorschlag einer Zusammenlegung

der Verwaltungsräte der Spital- und Psychiatrieverbände sowie des Zentrums für Labormedizin wurde hingegen abgelehnt. Der Rat hiess schliesslich mit 78 gegen

23 Stimmen eine Motion gut, die verlangt, dass der Rat den Einsitz von Regierungsmitgliedern in oberste strategische Leitungsorgane genehmigen muss. sda

SVP scheitert mit Ratsreferendum gegen Pendlerabzug

KANTONS RAT ST. GALLEN Die SVP hat versucht, mit einem Ratsreferendum die zum zweiten Sparpaket gehörende Reduktion des Pendlerabzugs zu verhindern. Sie erreichte aber nur 34 der dafür benötigten 40 Stimmen. Aus den Reihen der SVP wurde danach ein Referendum angekündigt.

Es war eine umstrittene Massnahme aus dem vom Kantonsrat beschlossenen zweiten Sparpaket: Der Abzug, den Autopendler in der Steuererklärung für die

Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsort geltend machen können, soll im Kanton St. Gallen auf 3655 Franken beschränkt werden. Das entspricht dem Preis

eines SBB-Generalabonnements der zweiten Klasse.

60 000 Personen betroffen

Die SVP hatte die Massnahme bekämpft, weil sie die Landbevölkerung benachteilige. Vor der Schlussabstimmung erklärte der Sprecher der SVP-Fraktion, es handle sich dabei um eine faktische Steuererhöhung, von der im

Kanton St. Gallen 60 000 Personen betroffen seien. Falls das Ratsreferendum scheitere, stehe ein Komitee für ein Referendum bereit.

Referendum angedroht

In der Schlussabstimmung stimmte der Rat am Mittwochmittag der Sparmassnahme mit 73 Ja- gegen 34 Nein-Stim-

men und einer Enthaltung zu. Anschliessend beantragte die SVP das Ratsreferendum, erreichte bei dieser weiteren Abstimmung aber nicht mehr Stimmen als in der Schlussabstimmung – nämlich 34. Neben Links-Grün hatten auch CVP und FDP geschlossen dagegen gestimmt. Für ein Ratsreferendum wären 40 Stimmen nötig gewesen. sda

Berufsauftrag für die Schule wird präzisiert

KANTONS RAT ST. GALLEN Die Regierung hat gestern eine dringliche Interpellation von SP-Parlamentariern beantwortet. Es ging darin um die Lektionenzahl für die Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrkräfte im Zusammenhang mit dem neuen Berufsauftrag.

In einer dringlichen Interpellation hatten die drei Parlamentarier der SP von der Regierung eine Klarstellung über die laufende Umsetzung des neuen Berufsauftrags für die Volksschule verlangt. Konkret wollten sie wissen, ob es Ziel des Berufsauftrags sei, die Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrkräfte mit mehr Unterrichtszeit zu belasten.

Schulgemeinden wie die Stadt St. Gallen planten, die Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrkräfte entgegen von Zusicherun-

gen als reine Fachlehrkräfte zu betrachten, heisst es im Vorstoss. Es sei dort vorgesehen, für sie Verträge flächendeckend mit 29 Unterrichtslektionen als Vollpensum einzuführen. Diese neuen Arbeitsverträge würden bis April 2015 ausgehandelt.

Individuelle Lösungen

In ihrer Antwort stellte die Regierung klar, dass Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrkräfte «in der Regel nicht reine Fachlehrpersonen» seien. Es sei ihr aller-

dings auch keine Schulgemeinde bekannt, die beabsichtige, für diese Lehrkräfte generell ein Unterrichtspensum von 29 Lektionen einzusetzen. Auch in der Stadt St. Gallen würden individuelle Lösungen gesucht.

Die Regierung hält weiter grundsätzlich fest, dass ein generelles Vorgehen nicht im Sinne des neuen Berufsauftrags wäre und den rechtlichen Vorgehen widersprechen würde. Von der Möglichkeit, eine Lehrkraft in der Variante «Reiner Fachunterricht» anzustellen, solle «nur zurückhaltend» Gebrauch gemacht werden. Zudem müssten solche Lösungen einvernehmlich getroffen werden. Von Massnahmen sieht die Regierung ab. sda



Regierungsrat Stefan Kölliker (SVP) sagte, dass Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrkräfte in der Regel nicht «reine Fachlehrer» seien. Regina Kühne

VORSTÖSSE

Sind St. Galler zu wenig kompetent?

Kantonsrat Jörg Frei (CVP, Eschenbach) beschäftigt sich in einer Interpellation mit der Totalrevision des Baugesetzes. Das Baudepartement startete die Arbeiten im Jahr 2006 und legte Anfang 2012 den Gesetzesentwurf vor. Diese Vorlage wurde zu wesentlichen Teilen von Fachleuten ausserhalb der kantonalen Verwaltung erarbeitet. Aufgrund der kritischen Rückmeldungen in der Vernehmlassung wurde das Baudepartement 2013 beauftragt, den Gesetzesentwurf zu überarbeiten.

Auch bei der überarbeiteten Vorlage sei verwaltungsexternen Fachleuten aus anderen Kantonen eine tragende Rolle zugekommen, schreibt Frei in seiner Interpellation. Nun will der Parlamentarier von der Regierung wissen, ob dieser die St. Galler Staatsangestellten nicht genügen: «Traut die Regierung den Mitarbeitern des Baudepartements die Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs nicht zu?» Frei will zudem wissen, auf welchen Betrag sich die gesamten Kosten der verwaltungsexternen Fachleute im Zusammenhang mit der Totalrevision des Baugesetzes ab Projektstart im Jahr 2006 bis heute belaufen. ml

Für bessere Fremdsprachenkenntnisse

Kantonsrätin Yvonne Suter (CVP, Rapperswil-Jona) thematisiert in einer Interpellation Austauschprogramme für bessere Fremdsprachenkenntnisse. Diese stärkten die persönliche und berufliche Kompetenz und das interkulturelle Verständnis und seien eine wichtige Basis für bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und für beruflichen Erfolg, schreibt Suter in ihrem Vorstoss: «Eltern kritisieren immer wieder, dass der Kanton St. Gallen äusserst restriktiv sei bei der Bewilligung einer Teilnahme an einem Austauschprogramm und dass der Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen über Austauschprogramme nicht aktiv gefördert werde.»

Die Parlamentarierin will von der Regierung wissen, welche nationalen und internationalen Austauschprogramme der Kanton St. Gallen auf Sekundarstufe I und II aktiv anbiete. Suter fragt zudem, mit welchen konkreten Massnahmen der Kanton Austauschprogramme auf Sekundarstufe I und II inskünftig stärker fördern wolle. Überdies will die Kantonsrätin wissen, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, dass ein Schüler an einem Austauschprogramm teilnehmen kann, und wie hoch die Hürden sind. ml

ANZEIGE

Gebären in Sicherheit und Geborgenheit

Informationsabend für werdende Eltern:
Dienstag, 3. März 2015

Spital Linth Uznach um 20 Uhr im Bistro mit Apéro. Das ganze Jahr hindurch laden wir Sie jeden ersten Dienstag im Monat zu dieser Info-Veranstaltung herzlich ein.

Geburtshilfeteam Spital Linth